

Mit großem
Grafikposter:
#natürlichEuropa

Nachhaltiges Europa

THEORIE

„NATURVERNICHTUNG WIRD GLEICH ZWEIMAL SUBVENTIONIERT“

Interview mit Lutz Ribbe

EUROPAS VERKEHR HÄNGT IMMER NOCH AM ÖLTROPF

Von Fritz Vorholz

PRAXIS

DIE BRÜSSELER ANTI-KLIMA-LOBBY

Von Susanne Götze und Annika Joeres

BRITISCHE UMWELTSCHÜTZER HOFFEN AUF DEN BREXIT

Von Friederike Meier

Foto: Myotis | shutterstock_26715709

ZU VIEL MARKT – ZU WENIG SCHUTZ

Von Christel Schroeder, EuroNatur

Seit Jahrzehnten erleben wir fast schicksalhaft den Verlust unserer Lebensgrundlagen. Es gibt einen Wettlauf zwischen zaghaften Schutzbemühungen und wirtschaftsbedingtem Raubbau, den Letzterer zu gewinnen scheint. Allzu leichtfertig wurden alle Angelegenheiten dem Markt anvertraut. Aber ist der Markt geeignet, den Schutz der Gemeingüter – Wasser, Boden, Luft, biologische Vielfalt – zu garantieren?

Wie gut oder schlecht es um die Gemeingüter bestellt ist, hängt vor allem von der Art und Weise der Landwirtschaft ab. Diese wiederum wird durch die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) bestimmt. Doch ist die immense Förderung mit jährlich rund 60 Milliarden Euro wirklich geeignet, die Gemeingüter in einem guten Zustand zu erhalten – auch für zukünftige Generationen?

Da die Fördergelder vornehmlich als pauschale Flächenprämien gezahlt werden, profitieren große Betriebe unverhältnismäßig stark. Wer viel Land bewirtschaftet, bekommt viel. Auf diese Weise wird ein Verdrängungswettbewerb befeuert, der unzählige bäuerliche Existenzen bereits vernichtet hat. In der EU hat zwischen 2003 und 2013 ein Drittel aller Bauernhöfe aufgegeben. Drei Prozent aller Betriebe bewirtschaften heute die Hälfte des Agrarlandes.

Die Landwirtschaft wurde durch die starke Konzentration und aufgrund fehlender ökologischer Anforderungen weitgehend

industrialisiert. Das bedeutet Massenproduktion mit wenig Rücksicht auf den Zustand der Gemeingüter, verbunden mit einem immensen Einsatz von Pestiziden, der für den Verlust der Artenvielfalt mitverantwortlich ist. Obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung diese Entwicklung besorgniserregend findet, ist es bisher nicht gelungen, den Kurs zu ändern. Es fehlt der politische Wille, dem Druck der Lobbys zu widerstehen, die von den Zahlungen profitieren.

KLASSE STATT MASSE

Hoffnung gibt es trotzdem: Die Politik muss künftig auf das anhaltende Wachstum der biologischen Landwirtschaft reagieren. Denn immer mehr Verbraucher kaufen nachhaltige Lebensmittel. Auch die Bürgerinitiativen zur Verbesserung der Tierhaltung sind im Aufwind. Das Land Berlin hat beispielsweise kürzlich das Bundesverfassungsgericht angerufen, um bessere Haltungsbedingungen bei der Schweinehaltung durchzusetzen. Das alles zeigt: Das Verharren in einer unsinnigen Agrarförderpolitik muss dringend ein Ende haben.

Bemerkenswert ist, dass in Brüssel umweltpolitisch sinnvolle Vorschläge entwickelt werden, die häufig sogar in Konkurrenz zur GAP stehen. Ein gutes Beispiel ist die europäische Wasserrahmenrichtlinie, die mit dem Ziel verabschiedet wurde, die Politik stärker auf eine nachhaltige, umweltverträgliche Wassernutzung

auszurichten. Auch die Nitratrichtlinie ist durchaus folgenreich: Das deutsche Düngerecht wird gegenwärtig nur deshalb novelliert, weil die EU-Kommission die Bundesregierung wegen der Nichtumsetzung der Richtlinie verklagt hat.

Versäumnisse gibt es auch bei der Biodiversität. Vor mehr als 25 Jahren sind die EU-Mitgliedsstaaten Verpflichtungen zum Schutz der biologischen Vielfalt eingegangen. Sie haben 1992 beim Erdgipfel in Rio die Biodiversitätskonvention unterstützt und im gleichen Jahr die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU auf den Weg gebracht. Die FFH-Richtlinie soll der Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der wildlebenden Tiere und Pflanzen dienen. Trotz ihrer dramatischen Unterfinanzierung ist diese Richtlinie ein wichtiges Instrument in zahllosen Auseinandersetzungen vor Ort um den Schutz des europäischen Naturerbes, zum Beispiel bei der Abholzung der letzten Urwälder Europas in Polen und Rumänien. Es fehlt aber ein europäischer Naturschutzfonds zur Finanzierung der Sicherung von FFH-Flächen und -Arten. Nur so können wir einem weiteren Verlust der Biodiversität entgegenzuwirken.

Zum Schluss noch ein Aufruf. Wenn wir einer europäischen Vision den Weg bereiten wollen, die die Menschenrechte und eine nachhaltige Lebensweise zur Handlungsmaxime erhebt, dürfen wir auf keinen Fall den aggressiven Nationalisten mit ihren anti-europäischen Lösungsversprechen das Feld überlassen. Die Wahl zum Europäischen Parlament im Mai ist wichtig!

DREI FRAGEN ZUM NACHHALTIGEN EUROPA

Warum tut sich die EU so schwer mit einer sozial-ökologischen Transformation?



Ska Keller
EU-Abgeordnete der Grünen
und Spitzenkandidatin zur
Europawahl

Als Grüne wollen wir die EU nachhaltig gestalten. Dafür braucht es politischen Mut und Mehrheiten für eine sozial-ökologische Zukunftsvision. Die Europäische Union hat hier bereits einiges auf den Weg gebracht, beispielsweise schreibt das Gesetz über die Energieunion das Ziel der CO₂-Neutralität bis 2050 fest. Es liegt aber an den Mitgliedsstaaten, solche Ziele auch zu verfolgen und nicht, wie Deutschland gerade bei der Verkehrswende, zu blockieren.

Wie kann Europa zu einem nachhaltigen Vorbild in der Weltpolitik werden?

Die EU kann nur Vorbild werden, wenn sie selbst handelt und ihre Vorreiterrolle bewusst annimmt. Ob wir als Europäerinnen und Europäer Anstrengungen für eine CO₂-neutrale Wirtschaft und faire Handelsabkommen unternehmen oder stattdessen Deals mit Autokraten und Diktatoren um Öl, Gas und Kohle abschließen, macht einen Unterschied. Nur wenn wir Fragen von Ökologie und Gerechtigkeit mit ins Zentrum unserer eigenen Außen-, Handels- und Landwirtschaftspolitik stellen, werden sich andere daran orientieren.

In der EU gibt es nur wenige gewichtige Umweltinstitutionen. Was halten Sie von der Idee eines Nachhaltigkeitsausschusses mit Vetorecht?

Ausschüsse des Europäischen Parlaments haben grundsätzlich kein Vetorecht. Wir wollen bestehende Institutionen wie die Europäische Umweltagentur, die gute Arbeit leisten, stärken. Außerdem fördern wir Grünen, den Haushalt der EU an übergeordneten nachhaltigen Politikzielen wie dem Pariser Klimaabkommen auszurichten. Das bedeutet, dass Haushaltslinien anhand fest definierter Nachhaltigkeitskriterien darauf geprüft werden, ob sie einen Beitrag dazu leisten, diese Ziele zu erreichen.



Manfred Weber
Spitzenkandidat von EVP,
CDU und CSU sowie Vorsit-
zender der EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament

Umweltschutz darf in Europa kein Elitentema sein, sondern ist eine Zukunfts- und Gerechtigkeitsfrage für unsere Gesellschaft überall in Europa. Zu oft wirken EU-Vorschläge verkopft und lebensfremd. Mein Ziel, Europa den Menschen zurückzugeben, betrifft deshalb besonders Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit. Wenn die Menschen den Eindruck bekommen, Umweltschutz sei nur ein Thema für Brüsseler Bürokraten und Tesla fahrende Topverdiener, dann verliert Politik den Gestaltungsanspruch. Es ist eine wesentliche Aufgabe für die EVP und die anderen Volksparteien, aus der Mitte der Gesellschaft heraus für ein Europa zu kämpfen, das sozial gerecht ist und das gleichzeitig beim Umweltschutz vorankommt. Ich will Ökologie, soziale Fragen und Ökonomie miteinander versöhnen.

Das Pariser Klimaabkommen war ein Wendepunkt für Europas Rolle beim Kampf für mehr Nachhaltigkeit. Als globaler Vorreiter hat Europa sowohl die USA unter Barack Obama als auch die großen Schwellenländer mitgezogen und auf ein verbindliches Regelwerk verpflichtet. Darauf bin ich stolz als Europäer. Diesen Elan müssen wir jetzt bei der Umsetzung mitnehmen: Mit dem Emissionshandelsystem haben wir dafür gesorgt, dass der Ausstoß von CO₂ einen Preis bekommt. Jetzt gilt es, den Verkehrssektor sauberer zu machen und die Energiewende im europäischen Verbund zu stemmen. Das ist nicht nur nachhaltige Standortpolitik für Europa, sondern es nützt dem ganzen Planeten: Wir müssen dem Rest der Welt ganz konkret zeigen, wie Nachhaltigkeit funktioniert.

Erlauben Sie mir, in der Grundannahme zu widersprechen: Das Europäische Parlament ist bereits die Umweltinstitution schlechthin in der EU. Von der EU-Chemikalienverordnung REACH über die Kreislaufwirtschaft bis zum Verbot von Wegwerfplastik: Ohne das Europäische Parlament als starker und selbstbewusster Ko-Gesetzgeber wären wir heute beim Umweltschutz längst nicht so weit in Europa. Anstatt neue Strukturen und Vetospieler zu schaffen, sollten wir deshalb die bestehende europäische Umweltinstitution stärken und Europas Demokratie voranbringen. Das Europäische Parlament braucht endlich ein Initiativrecht, damit es die Gesetze, die es später beschließt, auch selbst einbringen kann. Um diesem Ziel schnell Rechnung zu tragen, werde ich mich als Kommissionspräsident dazu verpflichten, legislative Vorschläge aus dem Parlament in die Gesetzgebung zu bringen.

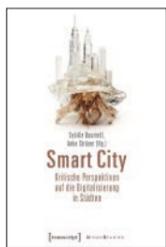


Katarina Barley
Spitzenkandidatin der SPD
für die Europawahl

Ökologische Fragen gehören zu denen, die national nicht zu lösen sind. Wir europäischen Sozialdemokraten haben uns auf Vorschläge geeinigt, mit denen sich soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit verbinden lassen. Unser Programm „Gute Arbeit – gute Umwelt“ wurde von den Umweltverbänden auch begrüßt. Man darf den Weg zu einer gemeinsamen Strategie über alle Mitgliedsstaaten hinweg allerdings nicht unterschätzen. Das beginnt schon bei der Frage, auf welche Energiequellen wir zukünftig setzen wollen. Da haben beispielsweise Frankreich mit Atomkraft oder Polen mit Kohle andere Ansätze. Besonders im Blick behalten müssen wir zudem die nationalistischen Parteien, in deren Reihen auch die unbelehrbaren Klimaskeptiker sind. Denen müssen wir ein klares Profil entgegensetzen.

Die europäische Moderne ist durch die französische Revolution, die englische Staats- und Volkswirtschaftslehre und die deutsche Philosophie in den letzten zwei Jahrhunderten zum Weltmodell geworden, wie Max Weber es beschrieben hat. Heute muss sich Europa neu bewähren, auch durch die Stärkung der Demokratie. Gerade europäische Sozialdemokraten wie Gro Harlem Brundtland, Olof Palme und Willy Brandt haben hierfür wichtige Impulse gegeben, die von dem Grundsatz der Gemeinsamkeit ausgehen. Dazu gehört die Leitidee der Nachhaltigkeit, die für alle eine gute, gemeinsame Zukunft möglich machen kann. Der EU kommt dadurch eine entscheidende Rolle zu, auf die sie sich stärker besinnen sollte. Ich plädiere für eine Verbindung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit.

Die Herausforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes können wir nur zusammen lösen. In dieser Situation brauchen wir vor allem eine gemeinsame europäische Politik. Von daher spreche ich mich für eine Stärkung der europäischen Institutionen aus, die zur sozial-ökologischen Gestaltung und zu wirtschaftlichen Innovationen fähig sind.



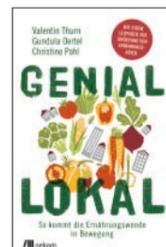
Sybille Bauriedl, Anke Strüver (Hrsg.): **Smart City. Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung von Städten.** Transcript, Bielefeld 2018, 361 Seiten, ISBN 978-3-8376-4336-7

„Smart City“ als Konzept wird durch Unternehmen der IT-Branche propagiert, mit vielen Versprechungen. Das Buch stellt die Urbanisierung digitaler Technologien, die Digitalisierung in Städten und die Globalisierung von Smart-City-Visionen vor und diskutiert sie. Dabei spielen die Tendenzen zur unternehmerischen Stadt eine wesentliche Rolle. Zugleich kommen mögliche alternative Nutzungen digitaler Technologien in Städten und die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure zur Sprache. Die Ambivalenzen der technologisch getriebenen Modernisierung von Städten mit ihrem Versprechen von mehr Sicherheit und besseren Orientierungsmöglichkeiten, mit zunehmender Kontrolle, Überwachung, Steuerung und Normierung ziehen sich durch das Buch. Unterschiedliche Darstellungsformen – etwa ein Beitrag in Form von „walk & talk“ in Hamburg – bereiten Lesevergnügen. Technologische Entwicklungen der digitalen Transformation werden vorgestellt und kritisch im Kontext von Vorstellungen von Stadt, Urbanität, Demokratie und Beteiligung diskutiert.



Shoshana Zuboff: **Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus.** Campus, Frankfurt am Main/New York 2018, 727 Seiten, ISBN 978-3-593-50930-3

Bei der heutigen Form der Digitalisierung geht es um immer mehr Daten und ihre Kontrolle. Shoshana Zuboff schildert, wie sich in knapp zwei Jahrzehnten eine neuartige, bisher beispiellose Form des Kapitalismus entwickelte, der Überwachungskapitalismus. Unternehmen wie Google und Facebook ist es gelungen, Verhaltensterminmärkte aufzubauen. Die Autorin zeichnet nach, wie das Konsumenten- und Freiheitsrechte abbaut und die westlichen Demokratien unter Druck setzt. Vergleichbar dem Ziel, die Natur zu kontrollieren, geht es hier darum, die menschliche Natur zu dominieren. Es gelang, das Narrativ zu verbreiten, dass diese Entwicklung eine technologische Notwendigkeit sei. Demgegenüber vermittelt Zuboff das Verständnis dafür, dass die Unterscheidung zwischen der Entwicklung von Technologien und von Geschäftsmodellen den Ausgangspunkt dafür bildet, die Digitalisierung einzuhegen. Dazu führt sie die Okkupation von menschlichem Verhalten als vierte fiktionale Ware nach Boden, Arbeit und Geld ein. Das Buch ist grundlegend, um aktuelle Entwicklungen der digitalen Transformation zu verstehen.



Valentin Thurn, Gundula Oertel, Christine Pohl: **Genial lokal. So kommt die Ernährungswende in Bewegung.** Oekom, München 2018, 285 Seiten, ISBN 978-3-596-70259-6

Alle Macht den Räten! Das klang lange nach vergangenen Zeiten. Ernährungsräte sind dagegen brandneu und lebendig. Die Idee breitet sich rasch aus. In diesem Buch kann man nachempfinden, wie die Saat für eine Ernährungswende von unten aufgeht. Es kann den ernährungspolitischen Horizont erweitern und motivieren, aktiv zu werden. Es gibt ausführlich Tipps, wie man vor Ort einen Ernährungsrat praktisch ins Werk setzen kann. Dazu gibt es viele Praxisbeispiele, Leitfäden und Links. Das Buch propagiert eine konsequente Relokalisierung der urbanen Ernährungssysteme, ohne die Solidarität mit Bauern anderer Länder zu vergessen. Zugleich werden Beispiele für ernährungspolitische Initiativen aus unterschiedlichen Ländern und Kontinenten geschildert. Das politische Ziel ist es, gutes Essen für alle zugänglich zu machen. Das Buch spricht Landwirtinnen, Gärtner und Food-Aktivistinnen ebenso an wie Aktive aus Transition-Town-Initiativen, Slowfood- und Nachhaltigkeitsgruppen, Interessierte aus Metropolen wie kleineren Städten. Transformation genussvoll.

#natürlichEuropa

#natürlichEuropa lautet das Motto der Kampagne, mit dem der Umweldachverband Deutscher Naturschutzring seine Mitgliedsverbände zur Europawahl mobilisieren will. Ziel der pro-europäischen Kampagne ist es, Engagierte der Umwelt-, Tier- und Naturschutzbewegung zur Wahl zu animieren und sich für einen natur- und sozialverträglichen Umbau der EU einzusetzen. Inhaltliche Grundlage ist das von einer breiten Mehrheit von Umwelt-, Tier- und Naturschutzverbänden getragene Forderungspapier „Meine Stimme für Europas Zukunft“. Die bundesweite Kampagne startet Anfang April und wird unter dem Hashtag **#natürlichEuropa** in den sozialen Medien und in den Verbänden verbreitet.

„NATURVERNICHTUNG WIRD GLEICH ZWEIMAL SUBVENTIONIERT“

Naturschützer Lutz Ribbe über die Folgen der EU-Agrarpolitik, Chancen für den Artenschutz und die Solarvision für die Europäische Union

Interview: JOACHIM WILLE

Herr Ribbe, ist es gut für den Umwelt- und Naturschutz, dass es die EU gibt?

Lutz Ribbe: Wir müssen derzeit leider beobachten, dass der Natur- und Umweltschutz sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedsstaaten weit nach hinten rückt. Wirklich neue, zielführende Initiativen zur Verbesserung der Umweltsituation sucht man fast überall vergebens. Über umweltpolitische Kosmetik kommt man nirgendwo hinaus.

Und obwohl das so ist, muss man die Frage mit „Ja“ beantworten. Denn ohne die bestehenden, teilweise schon vor vielen Jahren beschlossenen EU-Regeln sähe heute vieles noch schlimmer aus. Ohne die EU-Nitratrichtlinie von 1991 würde es keinen Druck aus Brüssel auf Deutschland geben, das Düngerecht verschärfen. Ohne die EU-Naturschutzrichtlinien von 1979 und 1992 würde europaweit noch mehr Natur zerstört. Und alle Mitgliedsstaaten wären ohne die EU vermutlich noch weniger ambitioniert, was den Klimaschutz angeht.

Die Europäische Union gibt das meiste Geld, und zwar mit großem Abstand, für Agrarsubventionen aus. Derzeit sind es 60 Milliarden Euro jährlich. Die Folgen sind gravierend.

In der Tat. Eine bäuerlich geprägte, ökologische Landwirtschaft, wie wir sie uns als Umweltschützer vorstellen und wie sie der frühere EU-Agrar-Kommissar Franz Fischler einmal beschrieben hat, ist nicht zu Weltmarktpreisen und Weltmarktbedingungen zu haben. Wir bräuchten dazu neue Marktregeln, andere Handelsbeziehungen, ein stringenteres Bau-, Planungs- und Ordnungsrecht – aber auch Geld, um die Landwirte für die gesellschaftlichen Leistungen, die sie dann erbringen würden, zu honorieren. Problem ist, dass die genannten 60 Milliarden bisher als unqualifizierte Flächenprämie ausgeschüttet werden und damit die verheerenden negativen Folgen der Intensivlandwirtschaft noch verschärfen.

Es wird doch seit Jahren in Brüssel darüber diskutiert, die Subventionen „grüner“ zu machen. Der Erfolg ist ...

... mehr als bescheiden, nicht nur im Agrarsektor. Die Politik subventioniert umwelt- und naturabträgliches Wirtschaften oft gleich doppelt, einmal mit den direkten Zuschüssen, zum anderen aber auch dadurch, dass die Umweltkosten nicht eingerechnet werden.

Der Europäische Rechnungshof hat kürzlich eine fundamentale Kritik an den Agrarausgaben und an den neuen Vorschlägen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) formuliert. Was war die Reaktion?

Unglaublich: Weder die Agrarminister noch die Finanzminister haben über diesen Bericht überhaupt diskutiert.

Auf der anderen Seite werden die Hilfen für die Einführung erneuerbarer Energien, die sich in Europa auf 76 Milliarden Euro jährlich summieren, kritisiert, aber kaum jemand regt sich über die Subventionen für schmutzige Energien auf, die der Internationale Währungsfonds für Europa auf 265 Milliarden Euro pro Jahr beziffert.

Wie müsste eine Landwirtschaft aussehen, die im Einklang mit der Natur ist?

Artenvielfalt und damit ökologische Stabilität waren einst eine Art Koppelprodukt einer aus heutiger Sicht eher unproduktiven Landwirtschaft. Mit Flurbereinigungen, dem Einsatz von Maschinen, Düngern, Pestiziden et cetera wurde dann die Kulturlandschaft auf höchste Ertragsproduktivität getrimmt, was dramatische Auswirkungen hat.

Das bedeutet: Wir müssen zumindest partiell an der Produktivitätsschraube rückwärts drehen. Viele Ideen wie ökologische Vorrangflächen, weite Fruchtfolgen statt Monokulturen, Rand- und Blühstreifen-Programme gehen ja in diese Richtung. Sie

werden aber von den Landwirtschaftsministerien, die im Sinne der Agrarindustrie über Höchstserträge und geringstmögliche Produktpreise fabulieren, meist verworfen.

Woran hakt es noch?

Was zusätzlich fehlt, ist Geld. Es ist skandalös, dass die EU den Landutzern einst versprochen hat, für Einkommensausfälle durch Naturschutzauflagen aufzukommen, dass aber nie das Geld dafür bereitgestellt wurde. So etwas schafft Frust und Misstrauen.

Was müsste, neben der veränderten Agrarpolitik, geschehen, um den Artenschwund zu stoppen?

Keiner muss auf die EU und eine andere Agrarpolitik warten, um etwas für den Artenschutz zu tun. Naturschutz fängt im eigenen Garten an, Kommunen können ihre innerstädtischen Flächen ökologisch gestalten und auf Pestizide verzichten. Sie können dafür sorgen, dass die Feldraine, die der öffentlichen Hand gehören, nicht unterm Pflug der Bauern verschwinden. Diese Liste könnte endlos verlängert werden.

Das Image der EU ist bei vielen Zeitgenossen schlecht, obwohl sie eine Voraussetzung dafür war und ist, dass es eine ungewöhnlich lange Zeit des Friedens in Europa gibt. Was wäre ein europäisches Zukunftprojekt, das die Bürger zwischen Lappland und Sizilien, Galicien und Donaudelta begeistern könnte?

Die EU ist Beweis dafür, dass kooperatives Handeln und Solidarität mehr Erfolg und Stabilität bringen als nationale Alleingänge und Abgrenzung. Allen dürfte aber klar sein, dass in Europa institutionelle wie politische Veränderungen bitter nötig sind. Das betrifft auch und ganz besonders die Nachhaltigkeit, die zweifelsfrei das Zukunftsthema schlechthin ist, ob man will oder nicht.

Die EU-Kommission, die man wahrlich nicht von Kritik ausnehmen darf, hat inhaltlich ganz brauchbare Grundsatzdokumente für den Wandel vorgelegt. Sie spricht darin vom „guten Leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“ oder von einem „sauberen Planeten für alle“. Ihre Analysen stimmen, sie zeigen, dass für die Zukunftsfähigkeit Europas ein schneller und radikaler Wandel im heutigen Wirtschaftssystem notwendig ist, aber auch, dass dieser Wandel gut funktionieren kann.

Und wie sind die Chancen, das zu schaffen?

Der EU-Kommission sind vielfach die Hände gebunden, weil die nationalen Regierungen blockieren. Merkels Veto gegen schärfere Klimavorgaben, Altmaiers Bremsen bei wirksamen Effizienzvorschriften und ehrgeizigen Ausbaupfaden für erneuerbare Energien, Klöckners Zögern bei der Reform der Agrarpolitik – das sind aktuelle Beispiele.

Die Mehrzahl der Bürger ist da viel weiter. Sie wollen ein sozial gerechteres und nachhaltiges Europa, damit es ihren Kindern und Enkeln einmal mindestens so gut geht wie uns heute. Ein solches Denken in Generationen geht Politikern scheinbar ab. Deshalb kann man der EU-Kommission auch nur empfehlen, viel stärker auf strategische Allianzen mit der Zivilgesellschaft zu setzen. Das Demokratiedefizit muss abgebaut, Partizipation muss gestärkt werden.

Wandel vollzieht sich von unten, wird immer getragen von Bürgern, die Verantwortung übernehmen, aber auch Teilhabe einfordern. Die Energiewende in Deutschland war so lange ein gutes Beispiel dafür, bis die Politik begann, sich schützend vor die trägen Stromkonzerne zu stellen.



Könnte eine veränderte, bäuerliche Agrarpolitik das grassierende Höfesterben und die Landflucht stoppen?

Ja und nein. Natürlich würden mehr Betriebe erhalten bleiben, wenn man zum Beispiel mehr auf regionale Verarbeitungs- und Vermarktungswege setzen und landwirtschaftliche Arbeitskräfte nicht stetig durch Technik ersetzt würde. Oder wenn Landwirte über das Erbringen von gesellschaftlichen Leistungen wie Klimaschutz, Natur- und Landschaftspflege neue Einkommenswege erschließen könnten.

Ich bezweifle aber, dass damit alle kleinbäuerlichen Strukturen in Europa erhalten werden können. Deshalb gilt es nach neuen Wirtschaftsmöglichkeiten im ländlichen Raum zu suchen. Da bietet sich etwa eine auf erneuerbare Energien beruhende, dezentral organisierte Energiepolitik an: Wind, Sonne und Biomasse sind überall verfügbar. Warum sollen nicht primär die Menschen, die im ländlichen Raum leben, davon profitieren?

Wer sind die Hauptgegner einer anderen Agrarpolitik?

Eindeutig die wenigen, die von der jetzigen Politik, also vom Strukturwandel, profitieren: agrarindustrielle Betriebe, dazu die sich immer monopolistischer entwickelnden vor- und nachgelagerten Bereiche, die Sojabarone in Übersee, die chemische Industrie. Und der Bauernverband schaut nicht nur zu, sondern befeuert das System.

Zurück zu den Naturschutz-Zielen. Wie kommt die EU hier voran?

Die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ist nach fast 30 Jahren immer noch nicht vollständig umgesetzt. Vor allem fehlen die Managementpläne für die ausgewiesenen FFH-Gebiete. Wie wichtig die sind, hat jüngst das Beispiel des Białowieża-Urwalds in Polen gezeigt, wo es einen solchen Plan gibt. Ohne ihn wäre es nie zu einer Verurteilung Polens vor dem Europäischen Gerichtshof wegen Verstößen durch illegale Fällungen gekommen.

Lutz Ribbe ist Leiter der Stiftung EuroNatur. Der studierte Landschaftsökologe ist Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU. Er betreut Naturschutz- und Regionalentwicklungsprojekte in Polen.



EUROPA ALS ZUKUNFTSPROJEKT GEGEN POPULISTEN UND FOSSILE LOBBYS

Text: JO LEINEN

Europa gilt nicht nur als Herberge einer reichen Kulturgeschichte und humanistischer, freiheitlicher Werte. Der Kontinent ist auch Wiege der Industrialisierung und hat damit ein Wirtschaftsmodell in die Welt getragen, das über die vergangenen 150 Jahre Prosperität, technologische und gesellschaftliche Entwicklung sowie Fortschritt hervorgerufen hat. Es ist aber auch ein Modell, das über die vergangenen 150 Jahre das Klima dieser Erde über Gebühr belastet hat und die Rohstoffe des Planeten im Zeitraffer erschöpfte.

Es ist wieder an der Zeit für Europa, Pionier zu sein. Dieses Mal für ein Modell, das Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in Einklang bringt. Europa muss ein Vorbild sein für ein nachhaltiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das Klima und Ressourcen schon und zugleich ökonomisch erfolgreich ist und soziale Sicherheit bietet. Kaum eine andere Region der Welt hat – schon allein auf Grund dieser Geschichte – eine solche große Verpflichtung, diese Pionieraufgabe wahrzunehmen. Keine andere Region ist aber auch so gut für diese Aufgabe gewappnet wie Europa. Der Kontinent vereint politische und diplomatische Stärke, Fortschrittsgeist, technologische und wirtschaftliche Expertise und kann außerdem auf sein industrielles Rückgrat und auf die Gemeinschaft der Europäischen Union bauen.

Die EU muss einen Weg beschreiten, der sich klar unterscheidet von den rückwärtsgewandten Ideen des US-Präsidenten Trump oder des neuen brasilianischen Staatsoberhauptes Bolsonaro und von anderen rechtspopulistischen Strömungen dieser Zeit. Die EU war und ist als Treiber der UN-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung und des Weltklimaabkommens von Paris zentraler Akteur auf der Weltbühne. Gerade deshalb muss Europa dem ignoranten und egoistischen Kalkül, den vermeintlichen Wirtschaftsinteressen einen Vortritt vor elementaren sozialen und ökologischen Belangen zu geben, die Stirn bieten. Diese politische Herausforderung erhöht die Dringlichkeit für ein klares Bekenntnis zur Nachhaltigkeit, nach dem unser Planet ohnehin

so deutlich verlangt. Die Ökologie setzt Grenzen. Die Industrialisierung des späten 19. Jahrhunderts, die aufstrebende Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und die Globalisierung im ausgehenden 20. Jahrhundert haben diese Grenzen ausgereizt. Die Folgen der Erderwärmung zeigen uns erneut die Wissenschaftler des Weltklimarates in ihrem aktuellsten Bericht auf. Das Extremjahr 2018 hat der Bevölkerung aller Erdteile mit großer Wucht vor Augen geführt, was die Anhäufung von Extremwetterereignissen bedeutet. Schon heute ist die Erde rund ein Grad wärmer als vor der Industrialisierung. Nicht nur der Treibhauseffekt bringt die Welt aus dem Gleichgewicht. Die gegenwärtigen Produktions- und Konsummuster zehren die Rohstoffe der Erde auf und bedrohen die Artenvielfalt und das sensible Ökosystem unserer Meere.

WIRTSCHAFTSSYSTEM GRUNDLEGENDE ÄNDERN

Das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell des 21. Jahrhunderts muss die entstandenen Schiefereien korrigieren. Dafür reicht es nicht, nur einige politische Stellschrauben zu drehen. Grundlegende und systemische Veränderungen müssen in den Volkswirtschaften vollzogen werden, um eine Kehrwende zu schaffen. Mit der UN-Agenda und dem Paris-Abkommen sind diese Wege vorgezeichnet. Es braucht aber Europa als Vorreiter, um das erfolgreiche Exempel einer nachhaltigen und dabei trotzdem von Wohlstand geprägten Region zu statuieren.

Gleichgesinnte Partner in der Welt sind dabei unabdingbar. Man darf aber nicht in die Falle tappen, allen Nationen synchron die gleichen Anforderungen aufbürden zu wollen. Europa und dabei allen voran Deutschland haben aufgrund des über die Jahrzehnte verursachten Ausstoßes von Klimagasen eine besondere Verantwortung. Auch labt sich Europa bis heute an Ressourcen anderer Erdteile. Es spürt dabei die Folgen des Klimawandels deutlich weniger als andere – liegt es doch geografisch nicht in den Hotspots der Wetterextreme. Deshalb ist es umso wichtiger,

dass die Formel der Nachhaltigkeit einhergeht mit dem Prinzip der Gerechtigkeit. Es wird ein Drahtseilakt, den Partnern in der Welt Umwelt- und Klimaschutzanstrengungen abzuverlangen, ohne die aufstrebenden Staaten in ihrem berechtigten Interesse an einer wirtschaftlichen Entwicklung zu düpiieren. Hier ist Europa nicht nur als Partner, sondern auch als ehrlicher Vermittler gefragt.

Gerechtigkeit muss aber nicht nur gegenüber dem globalen Süden demonstriert werden. Die ökologische Transformation wird auch in Europa zu tiefgreifenden Umbrüchen führen, die Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bergen. Die Zukunftsstrategie der EU für ein klimaneutrales, rohstoffschonendes Europa muss deshalb mit einer fundierten und umfassenden Sozialstrategie einhergehen. Energie-, Industrie- und Mobilitätswende können wahre Jobmotoren sein. Um diese Erfolge auch gerecht in Regionen und Gesellschaftsschichten zu verteilen und frühzeitig sozialen Härten vorzubeugen, bedarf es politischer Steuerung und Korrekturen.

Gelingt es Europa, dieses Gleichgewicht zwischen Umwelt, Wirtschaft, sozialer und globaler Gerechtigkeit erfolgreich herzustellen, wird dieses neue Entwicklungsmodell viele Nachahmer finden. Ideen, Technologien und sogar finanzielle Mittel stehen in Europa bereit. Die politische Unterstützung für dieses Zukunftsprojekt muss eine Selbstverständlichkeit werden.

Jo Leinen ist seit 1999
Abgeordneter der SPD im
Europäischen Parlament.



WARUM DIE EU ZUM KRAFTZENTRUM FÜR KLIMASCHUTZ WERDEN MUSS

Text: KLAUS MILKE

In Gesprächen mit Partnern überall auf der Welt wird für uns als Nichtregierungsorganisation immer wieder deutlich, welche Sorgen sich engagierte Menschen auch außerhalb Europas über den Zustand der EU machen, dass sie aber immer noch hohe Erwartungen an diese Staatengemeinschaft haben. Das zeigt, was ganz offensichtlich mit der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament auf dem Spiel steht.

Ein weiterer Zerfall der EU in nationalstaatliche Egoismen wäre ein Desaster – nicht nur für Europa, sondern auch für die Weltgemeinschaft als Ganzes. Denn wegen Donald Trumps „America First“-Politik, die sich gegen den Multilateralismus gerichtet, müssen China, Indien und die EU – alle selbst nicht unproblematisch – nun das maßgebliche Kraftzentrum bilden, um den globalen Zukunftsherausforderungen gerecht zu werden.

Ohne eine starke Rolle der EU und ihrer Staaten werden wir die beiden im Jahr 2015 von allen Ländern der Welt beschlossenen internationalen Regelwerke – die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und das Pariser Klimaabkommen – nicht umsetzen können.

Doch dazu muss auf europäischer Ebene und in den Mitgliedsstaaten noch eine ganze Menge passieren. Der Vorschlag der EU-Kommission vom November 2018, bis 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen, ist ein erfreuliches Signal. Mit diesem Vorstoß würde die EU einen ersten Schritt machen, ihr langfristiges Klimaziel dem Paris-Abkommen anzupassen. Wenn das neue Ziel von den Mitgliedsstaaten akzeptiert wird, muss als nächstes auch der Weg dorthin angepasst werden.

Auch das Europäische Parlament und viele Unternehmen unterstützen den Kommissions-Vorschlag. Außerdem haben sich

mehrere EU-Staaten, die zusammen die Hälfte der EU-Bevölkerung ausmachen, bereits für ein verbessertes Ziel ausgesprochen. Deutschland allerdings bremst bisher. Es wäre ein Fiasko, wenn dadurch der gerade Fahrt aufnehmende europäische Klimazug zum Entgleisen gebracht würde.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass die EU sie so weit wie möglich vor der globalen Erhitzung schützt. Es geht dabei um Grundrechte. Die von zehn Familien wegen des mangelhaften 2030er Klimaziels vorgebrachte (und von Germanwatch unterstützte) Klage gegen die EU-Kommission und das Parlament bringt dies zum Ausdruck.

FRANZÖSISCHE LEKTION FÜR CO₂-STEUERN

Wer sind die positiven Antreiber in der EU? Die Neufassung des Élysée-Vertrags vom Januar unterstreicht hier die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Die heftigen Proteste im Nachbarland mahnen aber auch an, dass Klima-, Sozial- und Steuerpolitik Hand in Hand gehen müssen. Die Regierung Macron hat bei der Umsetzung der notwendigen Klimapolitik schwere Fehler gemacht. Die angekündigte Aufschiebung oder gar Aufhebung der CO₂-Steuererhöhung ist allerdings auch keine Lösung. Sie ist insbesondere keine Antwort auf die wachsende Ungleichheit im Land. Die sozialen Proteste in Frankreich diskreditieren nicht das Instrument der CO₂-Bepreisung, sondern die dort falsch angelegte Art der Durchführung. Wenn die französische Regierung gerade die Steuern für die Vermögenden gesenkt hat, kann sie nicht erwarten, dass die ökonomisch Benachteiligten die notwendige Anhebung der CO₂-Preise ohne gleichzeitige Kompensation hinnehmen.

Ein CO₂-Preis muss transparent, verständlich und vor allem sozial gerecht ausgestaltet werden. Zudem muss er besonders betroffene Branchen und Regionen bei der Transformation unterstützen und darf keine Branchen aus dem Land treiben.

In Deutschland sollte noch im Jahr der EU-Wahl ein schrittweise steigender CO₂-Preis für alle Sektoren gemeinsam mit dem deutschen Klimaschutzgesetz verabschiedet werden.

Für Frankreich und Deutschland, aber letztlich für alle EU-Staaten gilt: Wir brauchen CO₂-Preise als Teil der Erneuerung eines sozialen und ökologischen Gesellschaftsvertrags. Derzeit ist dieser Vertrag doppelt gefährdet: Zum einen haben viele das Gefühl, dass sich ein Teil der vermögenden Elite der Pflicht entzieht, über Steuern seinen angemessenen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten, während andere belastet werden. Zum anderen droht eine schwache Klimapolitik den ökologischen Gesellschaftsvertrag mit der jungen Generation aufzukündigen, also das Versprechen, dass sie zumindest die gleichen Chancen bekommen soll wie die Generationen vor ihr.

Deshalb gilt: Selten war eine Europa-Wahl so wichtig. Nicht nur, um den Nationalismus zu stoppen. Sondern auch, um die Tür für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung offenzuhalten.

Klaus Milke ist Mitbegründer und
Vorstandsvorsitzender der Umwelt- und
Entwicklungsorganisation Germanwatch.



EUROPAS VERKEHR HÄNGT IMMER NOCH AM ÖLTROPF

Text: FRITZ VORHOLZ

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Manche sagen, sie war es. Auf jeden Fall ist die EU eine Wirtschaftsgemeinschaft. Den europäischen Binnenmarkt begründen vier fundamentale Prinzipien: der freie Warenverkehr, der freie Personenverkehr, der freie Dienstleistungsverkehr und der freie Kapitalverkehr. Verkehr erzeugt Umweltprobleme – unter anderem Lärm, die Zerschneidung von Landschaften und Lebensräumen, Luftverschmutzung und vor allem den Ausstoß von Klimagasen. Letzteres trägt zur Erderhitzung bei. Diese zu begrenzen ist eine politische Priorität der EU.

„Mobilität ist das Lebenselixier des Binnenmarktes“, heißt es in dem vorerst letzten, 2011 publizierten Weißbuch zur Verkehrspolitik. Es heißt dort aber auch, das Verkehrssystem sei „nicht nachhaltig“. Überraschung? Von wegen – angesichts von immer mehr Flügen, immer mehr Fahrzeugen, immer mehr Gütern auf der Straße und immer größeren und schwereren Autos.

Die Vollendung des Binnenmarktes war mit der Hoffnung auf Stabilität und zusätzliches Wachstum verbunden, die möglichen Gefahren für die natürliche Umwelt waren kein Thema. Sie wurden es erst, nachdem eine auf Initiative der Umweltminister von der EU-Kommission einberufene Spezialeinheit einen fast 300-seitigen Bericht verfasst hatte („1992: The Environmental Dimension“). Darin heißt es: „Die Task Force ist sehr besorgt über die Auswirkungen auf den Verkehrssektor, die sie als die bedeutendsten Umweltwirkungen des Binnenmarktes betrachtet.“

KAPITULATION ODER MOBILITÄTSWENDE

Der 1993 in Kraft getretene Vertrag von Maastricht beinhaltet zwar das Konzept des „nachhaltigen“ und „umweltverträglichen Wachstums“, doch blieb die Wirkung des gedruckten Wortes

begrenzt. Die vom Verkehr verursachten Probleme haben die Europäer sehenden Auges ereilt.

Dokumentiert wird der Schaden von der Europäischen Umweltagentur EEA. Danach sind die Emissionen von Luftschadstoffen durch den Verkehr im vergangenen Vierteljahrhundert zwar deutlich, wenn auch weniger als erhofft, gesunken. Aber: Selbst Europas dünn besiedelte Gebiete stehen unter großem Fragmentierungsdruck durch Verkehrsinfrastruktur, mehr als 70 Millionen Europäer sind des Nachts hohen, vom Straßenverkehr verursachten Geräuschpegeln ausgesetzt, und während Industrie und Haushalte ihre CO₂-Emissionen gesenkt haben, sind die des Transports seit 1992 um 23 Prozent gestiegen. Hauptverursacher sind Pkw, gefolgt von schweren Lastwagen und dem internationalen Flugverkehr. Einer aktuellen Untersuchung zufolge summieren sich die externen Kosten des Verkehrs auf jährlich 987 Milliarden Euro – fast sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU.

Jetzt steht die Politik vor der Wahl: Kapitulation oder die Herausforderung des Klimaschutzes stemmen. Letzteres erfordert zweierlei: eine Mobilitätswende und eine Energiewende im Verkehr.

WENIGER VERKEHR NUR MIT MEHR POLITIK

Energiewende heißt, fossile Kraftstoffe als Antriebsenergie nach und nach zu verbannen. Die EU hat vor Kurzem neue CO₂-Flottengrenzwerte für das Jahr 2030 beschlossen, ein erster Schritt in diese Richtung, dem rasch weitere folgen müssten. Allerdings: Heute hängt der Verkehrssektor nicht nur fast vollständig am Öltropf, obendrein ist er Europas größter Energieverbraucher. Was wäre ein klimaverträglicher Ersatz? Bioenergie jedenfalls nicht, soll ein Angriff auf den Artenschutz vermieden werden. Nach Lage der Dinge können Benzin, Diesel und Kerosin tatsächlich nur durch regenerativ erzeugten Strom

vor allem aus Solar- und Windkraftanlagen ersetzt werden. Das wiederum ist nicht nur eine enorme technische, sondern auch eine soziale Herausforderung.

Sie wäre weniger groß, gelänge es, Mobilität mit weniger Verkehr und deutlich geringerem Energieaufwand zu ermöglichen. Die Effizienzpotenziale dafür sind enorm. Technologische Entwicklungen ermöglichen multimodales Verkehrsverhalten und die Erschließung bislang nicht gehobener Potenziale zur Vermeidung und Verlagerung von Verkehr. In einer Stadt wie Lissabon ließe sich, theoretisch, allein durch geteiltes Fahren mehr als ein Drittel der bisher benötigten Energie einsparen, haben Studien ergeben; billiger würde Mobilität obendrein.

Um Alltagsroutinen von Millionen Menschen zu ändern, ist allerdings politische Rahmensetzung notwendig. Bleibt sie aus, werden Sharing und fahrerlose Fahrzeuge die Probleme nicht verkleinern, sondern vergrößern.

Die Frage ist ob es gelingt, Infrastrukturinvestitionen ebenso wie verhaltenslenkende Signale an die Verkehrsteilnehmer am Ziel der Emissionsminderung auszurichten, ohne den vielen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen zusätzlich zuzusetzen. Über Hebel dafür verfügen europäische Institutionen, nationale Regierungen und Parlamente, aber auch Städte. Stark genug, den Wandel sozialverträglich zu gestalten, sind sie nur gemeinsam.

Der Journalist Fritz Vorholz arbeitet beim Thinktank Agora Verkehrswende. Der Beitrag gibt ausschließlich seine persönliche Ansicht wieder.



DIE EUROPAWAHL ERNST NEHMEN

Text: LINN SELLE

Nur wenige Monate sind es noch bis zur Europawahl 2019. Zum ersten Mal erscheint es möglich, dass eine schlagkräftige populistische und nationalistische Fraktion im Europa-Parlament entsteht. Wenn es so kommen sollte, dann fällt den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern zumindest eine Teilschuld daran zu – weil sie es nicht geschafft haben, die politischen Debatten zu einem zukunftsgerichteten demokratischen Wettbewerb um die besten politischen Lösungen zu machen. Stattdessen wurden vor allem Abwehrdiskussionen geführt, zuletzt mit Blick auf den Brexit, um die Verteilung von Geflüchteten oder auch beim Mehrjährigen Finanzrahmen der EU.

Was passieren kann, wenn man Wahlen und europapolitische Inhalte nicht ernst nimmt, sehen wir an den chaotischen Zuständen, in die das Brexit-Referendum Großbritannien gestürzt hat. Wenn wir verhindern wollen, dass sich das bei der Europawahl wiederholt, müssen die Parteien, die Medien und die gesellschaftlichen Mittlerinnen und Mittler die Europawahl ernst nehmen und den Wahlkampf annehmen.

UM INHALTE STREITEN STATT UM PRINZIPIEN

Verbände und Vereine sorgen für Transparenz und können so bei den Entscheidungsprozessen behilflich sein. Sie können Themen beleuchten und Menschen in der Öffentlichkeit oder in politischen Ämtern bewegen, Stellung zu beziehen. Das gelingt am besten, wenn Wählerinnen und Wähler so mobilisiert werden, dass sie sich in großer Zahl hinter Inhalte stellen.

Und deshalb darf es bei dieser Europawahl nicht darum gehen, pro-europäische gegen anti-europäische Argumente zu stellen. Es ist die Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, auf Inhalte einzugehen: über die Verteilung des europäischen Haushalts zu streiten oder soziale Fragen in den Blick zu nehmen, zu



Problemen des Verbraucherschutzes Stellung zu beziehen oder den europäischen Umwelt- und Klimaschutz zu thematisieren.

Hier spielen Umwelt- und Naturschutzverbände eine große Rolle, weil das Politikfeld so eindeutig klar macht, warum nationale Lösungen nicht ausreichen – zum Beispiel weil die Verschmutzung von Flüssen nicht an einer Landesgrenze zu stoppen ist. Auch die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) engagiert sich nicht umsonst für die Einhaltung des Klimaabkommens von Paris und der UN-Nachhaltigkeitsziele: Wir sind uns der europäischen Verantwortung in der Klimapolitik bewusst und sehen Europa in einer Vorreiterrolle.

Die Wahl im Mai soll Europa stärken und einen demokratischen und transparenten Weg in die Zukunft begründen.

Das geht nur mit mehr Bürgernähe. Dazu muss es im europäischen Wahlkampf aber auch viel stärker um Themen gehen, die die Menschen bewegen. Vereine und Verbände müssen hier die nötige Lobby-Arbeit für Europa machen und in den Themenfeldern für Mobilisierung sorgen, in denen sie sich am besten auskennen. Die daraus entstehenden Diskurse kommen dann zwangsläufig in den Parteien an, die diese Inhalte auf die Agenda setzen. Doch ohne die Arbeit der gesellschaftlichen Organisationen, der Aktiven in Verbänden, Vereinen, Initiativen und Interessenvertretungen kommen solche Themen kaum auf den Tisch.

MAKE EUROPE YOUROPE!

Die EBD will dazu beitragen, dass der Einsatz ihrer rund 250 Mitgliedsorganisationen im Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte für die Zukunft Europas in den großen Politikfeldern sichtbar wird. In einer Multiplikatorenkampagne unter dem Slogan „Make Europe Yourope!“ stellen Mitglieder und Persönlichkeiten der EBD-Organisationen in ihren eigenen Medien wie Mitgliederzeitschriften oder Social Media klar, warum sie es wichtig finden, wählen zu gehen, und dass es von Bedeutung ist, welche Partei die Stimme erhält. Ziel der Kampagne ist es, die Wählerinnen und Wähler in ihrer jeweiligen Lebensrealität – als Unternehmerinnen, Autofahrer oder Betriebsräte – unmittelbar anzusprechen. Wir freuen uns schon auf die Beiträge der Umwelt- und Naturschutzverbände!

Linn Selle ist Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD). 2014 wurde sie mit dem Preis „Frau Europas“ ausgezeichnet.



DIE BRÜSSELER ANTI-KLIMA-LOBBY

Rund um den Place du Luxembourg in der EU-Hauptstadt residieren mächtige Interessenverbände. Einige von ihnen kämpfen schon seit Jahren gegen strenge Klimaschutzgesetze – und das mit Erfolg.

Text: SUSANNE GÖTZE UND ANNIKA JOERES

Der erste Schritt, um in die Brüsseler Politwelt einzutauchen, ist ein Kaffee oder ein gutes belgisches Bier am Place du Luxembourg – dem Platz vor dem Europaparlament in Brüssel.

Der Flux, wie er von Brüssellern genannt wird, ist ein Stamplatz für gestresste Anzugträger, dynamische Frauen im Business-Kostüm und intellektuell wirkende Männer mit tiefsitzender Lesebrille, die systematisch die internationale Presse durchgehen. Assistenten von Abgeordneten in gebügelten Hemden plaudern hier mit ehrgeizigen Beratern und wechseln lässig zwischen Englisch, Französisch, Polnisch oder Spanisch hin und her.

Auch Lobbyisten gehen hier ein und aus, laden Politiker zum Essen ein und machen Smalltalk mit deren Mitarbeitern. Nach Schätzungen der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory sind es insgesamt zwischen 15.000 und 30.000 von ihnen, die das Parlament und die EU-Kommission belagern – von Vertretern der Pharmabranche bis zu denen der Autoindustrie. Viele von ihnen sind damit beschäftigt, strengere Gesetze für ihre Branchen zu verhindern.

Doch gerade in der Klimapolitik sind die unabdingbar, wenn es die EU mit einer emissionsarmen Wirtschaft wirklich ernst meint. Um den Pariser Weltklimavertrag von 2015 einzuhalten, müssten den europäischen Klimazielen für 2030 bald drastische Gesetze folgen – etwa für Kerosin-Steuern auf Flüge, Quoten für E-Autos, für begrenzten Fleischkonsum und einen schnellen Kohleausstieg.

WENN DIE LOBBYSTRATEGIE GELEAKT WIRD

Viele Lobbygruppen gehen sehr subtil vor. Nur die wenigsten wollen als Klimaleugner an den Pranger gestellt werden, denn das ist schlecht für ihr Image. Bestes Beispiel für die Verhinderungstaktik hinter den Kulissen ist der europäische Arbeitgeberverband Business Europe. In einem internen Memo vom vergangenen September erklärt der Verband, wie er die Pläne der EU, höhere Klimaziele zu setzen, „anfechten“ will. So solle die Haupt-Argumentationslinie in Bezug auf die EU-Klimaschutzverpflichtungen „eher positiv sein“ – solange die EU-Pläne „eine politische Erklärung ohne Auswirkungen“ blieben. Klimakommissar Miguel Arias Cañete hatte zuvor vorgeschlagen, das Treibhausgas-Reduktionsziel der EU für 2030 nach oben zu korrigieren. Business Europe schlägt daher vor, „sich der erneuten Steigerung der Ziele mit den üblichen Argumenten zu widersetzen“. Man solle versuchen, die Reichweite des Themas zu „minimieren“.

Wenn solche internen Briefings nicht zufällig an die Öffentlichkeit gelangen, bleiben diese PR-Strategien von fossil-freundlichen Lobbyisten unbemerkt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Business Europe sich zu dem Leak auf der Plattform Euractiv nicht äußern will. Auch einen Besuch in Brüssel sagt der Verband kurzerhand ab, als klar wird, dass die Journalistinnen auch über das Memo sprechen wollen.

„ICH MACHE WERBUNG FÜR PESTIZIDE“

Normalerweise sprechen Lobbyisten aber erstaunlich gern und offen über ihre Arbeit. Für überzeugende Argumente und eine ausgefeilte Rhetorik werden sie bezahlt. Einer, der seinen Job wirklich gut macht, ist Simon Schlüter. Schlüter ist Büroleiter des Deutschen Bauernverbandes in Brüssel und vermittelt den Eindruck, dass es in der EU weder ein Nitrat-Problem gibt noch einen Gegensatz von Massentierhaltung und Klimaschutz. Alles gehe seinen Gang, und die konventionelle Landwirtschaft könne das Klimaproblem lösen.

Der Großbauer mit rund 35.000 Gänsen in Kleve hatte schon persönlich Ärger mit den „grünen Verbänden“: 2014 hat der Naturschutzbund mit einer Verbandsklage gerichtlich verhindert, dass Schlüter noch 20.000 weitere Gänse für die „industrielle Putenmastanlage“ anschafft. Grund: Die Anlage steht in einem Naturschutzgebiet am unteren Niederrhein.

Schlüter wirkt jungenhaft, trägt Anzug und Tommy-Hilfiger-Socken und könnte eher aus einer Bankerfamilie als aus einem Bauernclan vom Niederrhein stammen. Sein Büro liegt eine Gehminuten vom Europäischen Parlament entfernt. Seite an Seite mit dem Industrieverband Agrar, in dem Hersteller von Düngemitteln und Pestiziden organisiert sind, kämpft Schlüter für die konventionelle Landwirtschaft. „Ich mache Werbung für Pestizide“, witzelt er, als zufällig sein englischer Kollege von Bayer-Monsanto in einem Brüsseler Park an ihm vorbeiläuft. Die beiden begrüßen sich per Handschlag.

Es ist eine ungewöhnliche Verbindung. Seit Jahrzehnten stehen Bauernvertreter in Brüssel Seite an Seite mit der Agrochemie: Beide wollen, dass Landwirte Düngemittel versprühen, die Methan in die Atmosphäre freisetzen, dass sie unbegrenzt Soja aus Brasilien für ihre Tiere importieren können und dass Fleisch weiterhin als gesundes und unverzichtbares Lebensmittel gilt.

er im größten Kohlebergbauunternehmen Großbritanniens, UK Coal, tätig. Nach einem Abstecher zur Internationalen Energieagentur, für die Ricketts über „saubere Kohle“ in China schrieb, wurde er Cheflobbyist des Europäischen Stein- und Braunkohleverbands.

ENERGIEWENDE ALS GRÜNE VERSCHWÖRUNG

Die Kohle ist in seiner Lebenszeit vom Segen zum Fluch geworden, sie gilt als die klimaschädlichste Energiequelle. „Seit den 1980er Jahren sehen wir eine sinkende Nachfrage nach Kohle“, erklärt Ricketts nachdenklich. Immerhin würden aber auch neue Kraftwerke in Osteuropa gebaut, die bis weit nach 2050 laufen könnten, meint der Kohlelobbyist. Ganz so, als gäbe es die Vereinbarung des Weltklimaabkommens nicht, bis 2050 aus allen fossilen Ressourcen auszusteigen.

Die Idee eines schnellen Kohleausstiegs würde von grünen Organisationen und Klimaaktivisten vorangetrieben – für Ricketts ein wirtschaftlicher Irrsinn. Auch er folgt dem Klimaleugner-Narrativ der „Green Machine“ – der Behauptung, Konzerne für erneuerbare Energien hätten den Klimawandel erfunden oder dramatisiert: In einer 2015 veröffentlichten Broschüre greift sein Verband Thinktanks wie die European Climate Foundation an: Einige Superreiche würden mit der Finanzierung von grünen Lobbygruppen die Demokratie gefährden, so die Botschaft des Heftes.

Der vornehme Brite redet sich in Rage. Der Weltklimarat sei allenfalls ein politisches Gremium, das nichts mit Wissenschaft zu tun habe. Klimaschutz? „Das ist alles politisch motiviert“. Er beruhigt sich etwas, als sein Sekretär neben ihm nervös mit den Augen blinzelt. Auch bei den Kohlelobbyisten wollen sich die wenigsten als Klimaleugner „outen“.

AUTOLOBBYISTEN IM „WEITER SO“-MODUS

Ebenfalls nur wenige Meter vom Place du Luxembourg entfernt sitzt der Verband der Automobilindustrie, VDA. Er lobbyiert in Brüssel seit Jahren für den Erhalt der fossilen Flotten und gegen eine Verkehrswende. 2,5 Millionen Euro gibt der VDA jedes Jahr für etwa zehn in Brüssel ansässige Lobbyisten und 45 Treffen mit Kommissionsvertretern aus.

Der Verband ist geübt darin, strengere Klimaschutzzvorgaben für Pkw zu verhindern. Vor zwei Jahren kam ans Licht, dass der damalige VDA-Chef Matthias Wissmann bei der EU-Kommission anrief, um CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, Sanktionen gegen Hersteller und möglicherweise sogar verbindliche Emissionsziele zu verhindern. Dabei spielt es keine Rolle, ob Wissmann und sein Nachfolger Bernhard Mattes den Klimawandel offen anzweifeln oder nicht – für sie zählt allein, für ihre Branche so lange wie möglich ein „Weiter so“ auszuhandeln.

Gerade im rechten und konservativen Lager hat der Verband damit Erfolg: Im EU-Parlament stimmte die Mehrheit der konservativen sowie der rechtsextremen Fraktion gegen schärfere CO₂-Grenzwerte für Autos. Auch neun Liberale sagten Nein, darunter zwei der drei FDP-Abgeordneten.

Im Jahr 2019 bleiben uns nur noch elf Jahre bis zur nächsten Klimaziel-Etappe 2030. Wenig Zeit für die große Transformation – vor allem, wenn die Anti-Klimaschutz-Lobby an Macht gewinnt. Die Europawahlen und wichtige Entscheidungen in Deutschland wie Kohleausstieg und Klimaschutzgesetz werden schon in diesem Jahr zeigen, wie stark die Klimaschutz-Bremser wirklich sind.

Die Recherche wurde finanziell durch ein Stipendium der Otto-Brenner-Stiftung und den europäischen Journalismusfonds IJ4EU unterstützt.



Bis zu 30.000 Lobbyisten belagern das EU-Parlament – rund um den Place du Luxembourg in Brüssel wird in Büros, Cafés und Restaurants Politik gemacht.

Rund um den Place de Luxembourg in Brüssel haben noch mehr Lobbyvereine ihren Sitz, die ein klimafreundliches Europa so lange wie möglich aufschieben wollen. Keine 200 Meter vom Deutschen Bauernverband entfernt sitzt Europas Kohlelobby Euracoal. In einem modernisierten Altbau gegenüber einem kleinen Stadtpark mit knorrigen Kastanienbäumen hat Brian Ricketts sein Büro. Der betagte Brite hat fast sein ganzes Ingenieursleben für die fossile Industrie gearbeitet. Vor Euracoal war

EU SETZT DEUTSCHLAND GRENZEN

Die Kohlebranche scheitert mit ihrer Klage gegen neue Schadstoffregeln und gerät wegen Untätigkeit der Bundesregierung unter Zeitdruck.

Text: JÖRG STAUDE

Der Brüsseler Umweltkommissar Karmenu Vella konnte Lisa Badum beruhigen. Die Bundestagsabgeordnete der Grünen hatte dem Kommissar Ende 2018 einen Brief geschrieben und beklagt, dass neue europaweite Schadstoff-Grenzwerte in Deutschland „wissentlich missachtet“ würden und ihre Einhaltung „derzeit ungewiss“ sei.

Der Grund für Badums Brandbrief: Vor anderthalb Jahren, im August 2017, hatte die EU-Kommission schärfere Grenzwerte für Großfeuerungsanlagen in Industrie und Energiewirtschaft in Kraft gesetzt. So gilt in Deutschland nun für Stickoxide in Kraftwerks-Abgasen eine Obergrenze von 200 Milligramm je Kubikmeter. Ab August 2021 dürfen es nur noch höchstens 175 Milligramm sein – und je weniger, desto besser.

Denn die Milligramm summieren sich: Deutsche Großfeuerungen – Kohlekraftwerke vor allem –, die unter die EU-Verschärfung fallen, pusten zusammen noch jährlich rund 150.000 Tonnen Stickoxide, 74.000 Tonnen Schwefeldioxid und fünf Tonnen Quecksilber in die Luft.

Was die grüne Politikerin besonders ärgert: Deutsche Umweltsetze verlangen eigentlich, dass derartige EU-Schutzvorgaben unverzüglich in eigenes Recht zu fassen sind. Doch das schiebt das zuständige Umweltministerium immer weiter auf. Letztes Jahr noch verkündete das Ministerium, im Frühjahr 2019 den Entwurf einer Verordnung für die neuen Grenzwerte vorzulegen – nun ist es das Ziel, einen ersten Entwurf bis zum Sommer zu erarbeiten, wie ein Sprecher gegenüber *movum* mitteilte.

VERZÖGERUNGSTAKTIK SCHLÄGT ZURÜCK

Die Gründe für den Unwillen sind auch noch im Abschlussbericht der sogenannten Kohlekommission vom Januar nachzulesen: Die Bundesregierung lehne die neuen Grenzwerte ab, weil diese „fehlerhaft abgeleitet“ worden seien. So will die Regierung bei Stickoxiden nur 190 Milligramm als Grenze akzeptieren und nicht die 175 Milligramm der EU. Zurzeit, frohlockt der Kohle-Bericht noch, seien gegen die Grenzwerte mehrere Klagen vor dem Gericht der Europäischen Union anhängig.

Tatsächlich waren die Kohle-Lobbyverbände Euracoal und Debriv sowie mehrere Energieunternehmen, unterstützt vor allem von der Landesregierung in Sachsen, vor das Gericht gezogen – erlitten aber bereits Mitte Dezember eine krachende Niederlage. Die Klage gegen die EU-Grenzwerte ist unzulässig, entschied das Gericht.

Die Begründung: Die EU definiere gar keine unverrückbaren Grenzwerte, sondern lasse den Mitgliedsstaaten einen



Braunkohleabbau und Kraftwerk im polnischen Bełchatów: Selbst die USA haben niedrigere Grenzwerte als die EU für Kohleemissionen.

Ermessensspielraum. Mit Ausnahmeregelungen und anderem können Regierungen den Unternehmen entgegenkommen. Wie groß der Spielraum am Ende ist, legt der nationale Gesetzgeber fest – dagegen hätten Unternehmen dann zu klagen, lautet der Rat des Gerichts.

Damit haben die deutschen Kläger nun ein veritables Problem. Auch auf ihren Wunsch hin hatte das Umweltministerium die rechtliche Umsetzung hinausgeschoben – jetzt wendet sich diese Verzögerungstaktik gegen die Urheber selbst.

„Dass die Allianz aus Kohlekonzernen und der sächsischen Regierung mit ihrer Klage baden ging, ist richtig irre und im Ergebnis dann wohlverdient“, meint Lisa Badum

gegenüber *movum*. „Der Ausstoß von giftigem Quecksilber, Feinstäuben und anderen Schadstoffen vor allem aus der dreckigen und klimaschädlichen Braunkohle muss endlich runter“, fordert die Abgeordnete.

Angesichts des Urteils lehnte sich denn auch EU-Kommissar Vella in seinem Antwortbrief beruhigt zurück. Er habe keine Anhaltspunkte, die vermuten ließen, dass Deutschland die Umsetzung der neuen Grenzwerte bis August 2021 nicht gewährleisten werde, schrieb er.

Wenn der Kommissar sich da mal nicht irrt. Von den vier Jahren Umsetzungsfrist sind diesen Sommer schon zwei vorbei und passiert ist bisher – nichts.

ENDLICH KLIMA-VORREITER SEIN

Die EU kann es einem Bericht zufolge schaffen, bis 2050 klimaneutral zu werden. Doch derzeit ist kein Mitgliedsstaat auf Kurs.

Text: FRIEDERIKE MEIER

Einst galt die EU als Zugpferd in den internationalen Klimaverhandlungen. Doch schon seit Langem macht der Staatenbund seinem Ruf wenig Ehre: Zu uneins sind sich die 28 Mitgliedsländer in der Klimapolitik, und nur wenige sind echte Vorbilder, denen es mit dem Klimaschutz wirklich ernst ist. Auch Deutschland hinkt mittlerweile hinterher.

Die Beiträge der EU-Staaten „reichen nicht mal annähernd aus“, um die Erderwärmung auf zwei oder besser 1,5 Grad zu begrenzen – das Hauptziel des Pariser Klimaabkommens –, wettete das Climate Action Network Europe vor der jüngsten Klimakonferenz in Polen. Für ein Ranking hatte CAN Europe die Klimaschutzmaßnahmen und -ziele aller 28 Länder untersucht.

Das zivilgesellschaftliche Netzwerk ermittelte, wie sich die Pro-Kopf-Emissionen entwickelt haben, wie der Ausbau der Erneuerbaren vorangeht oder auf welche Weise sich die Staaten für höhere EU-Klimaziele einsetzen.

An erster Stelle im Ranking steht Schweden mit immerhin 77 Prozent der von CAN Europe geforderten Maßnahmen. Das skandinavische Land sei auf gutem Weg, seine eigenen Klima- und Energie-Ziele bis 2020 zu erreichen. Schweden habe einen großen Anteil an erneuerbaren Energien. Außerdem setze sich das Land für ein ehrgeizigeres EU-Ziel ein: 55 statt 40 Prozent weniger Treibhausgasausstoß bis 2030. Die schwedischen Emissionen

sollen nach dem Willen der Regierung spätestens 2050 bei netto null liegen.

Auf Schweden folgen in der Rangliste Portugal, Frankreich, die Niederlande und Luxemburg, vor allem weil auch sie sich für anspruchsvollere EU-Ziele einsetzten. Deutschland kommt erst an siebter Stelle kurz vor Kroatien und Litauen.

HÖHERES ZIEL, ABER KEINE NEUEN MITTEL

Dabei könnte die gesamte Europäische Union bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Das jedenfalls legt ein Bericht der European Climate Foundation nahe, an dem die Denkfabrik Agora Energiewende, das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung und der WWF mitgearbeitet haben. Demnach ist das Ziel nicht nur technisch und wirtschaftlich erreichbar, sondern auch ökonomisch und gesellschaftlich wünschenswert, weil es zu einer stärkeren Wirtschaft und mehr Wohlstand führe.

Mit Technologien wie Wind- und Sonnenenergie, die bereits kommerziell genutzt werden, sind laut dem Bericht bereits drei Viertel des Ziels zu schaffen. Für den Rest müssten neue Technologien weiterentwickelt und eingesetzt werden. Alle Sektoren müssten dazu einen Beitrag leisten.

Im Verkehrssektor dürfe die Nachfrage bis 2030 nicht steigen und der Autoanteil müsse von heute 80 auf 70 Prozent sinken.

Außerdem müsse das CO₂-Einsparziel der EU für 2030 auf 55 bis 65 Prozent gegenüber 1990 angehoben werden.

Anfang Dezember bewies die EU-Kommission, dass auch sie die Zügel in der Klimapolitik anziehen will. Bis 2050 soll die Europäische Union ihren Treibhausgasausstoß auf netto null senken. Klimakommissar Miguel Arias Cañete stellte zusammen mit Vizepräsident Maroš Šefčovič eine langfristige Strategie dafür vor.

Die Pläne sehen eine vollständige Abkehr von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Erdöl und Erdgas und einen massiven Umbau der europäischen Volkswirtschaften vor. „Wir verstärken mit der Strategie unsere Bemühungen, damit Europa die erste große Volkswirtschaft der Welt wird, die 2050 klimaneutral ist“, warb der Klimakommissar in Brüssel für die Strategie.

Ob die Strategie jedoch wirklich in den einzelnen EU-Ländern Gesetz wird und die bisher eher passive Haltung vor allem im Verkehrssektor ändert, ist ungewiss. Zudem enthält der jetzige Vorstoß keine zusätzlichen Maßnahmen und kein höheres Ziel für 2030.

Umweltschützer glauben nicht, dass sich die Pariser Ziele ohne anspruchsvolle Zwischenziele erreichen lassen. Klimaexperte Michael Schäfer vom WWF mahnt: „Wir kommen nicht umhin, schon für 2030 die Pläne entsprechend anzupassen und schon früh deutlich mehr Klimaschutz zu betreiben.“

BRITISCHE UMWELTSCHÜTZER HOFFEN AUF DEN BREXIT

Die Folgen eines Ausstiegs aus der Europäischen Union sind unkalkulierbar. Aber er birgt auch Chancen.

Text: FRIEDERIKE MEIER

Über die Felder schwirren im Frühling Kiebitze, Otter fischen im Wasser und Singschwäne rufen einander, während sie einen Platz zum Rasten suchen. So beschreibt die Royal Society for the Protection of Birds das Vogelschutzgebiet am Lough Foyle, der Mündung des Flusses Foyle in die Nordsee. Doch der Brexit könnte diese Idylle stören. Denn die eine Seite der Mündung gehört zu Irland, die andere zu Nordirland. Bald könnte die EU-Außengrenze mitten durch den Lough Foyle verlaufen.

Umweltverbände befürchten, dass Schutzgebiete wie Lough Foyle in Gefahr sind, sollte es zu einem „harten Brexit“ ohne Vertrag kommen. „Viele grenzübergreifende Naturschutzgebiete sind durch die Vogelschutz- oder die Habitat-Richtlinie geschützt“, heißt es in einem Papier der Umweltkoalition „Greener UK“. Durch einen harten Brexit könne das Management von Schutzgebieten wie dem am Lough Foyle geschwächt werden.

CHANCE FÜR KLASSE STATT MASSE

„Greener UK“ besteht aus 14 namhaften britischen Umweltverbänden wie der Green Alliance, Greenpeace, dem WWF und dem National Trust. Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, die Folgen des Brexits auf Natur und Umwelt möglichst klein zu halten und ist laut seiner Selbstdarstellung „vereint in dem Glauben, dass der Brexit ein Schlüsselmoment ist, um den Umweltschutz im Vereinigten Königreich zu verbessern“.

Für Shaun Spiers, Vorsitzender von Greener UK und Geschäftsführer der Green Alliance, liegt die größte Chance des EU-Austritts in der Landwirtschaft. „Zumindest in England wäre nach dem Brexit eine umweltfreundlichere Agrarpolitik



möglich“, sagt Spiers im Gespräch mit *movum*. Wie viele europäische Umweltverbände kritisiert er, dass die EU-Subventionen sich vor allem an der Fläche orientieren und nur wenig an nachhaltiger Landwirtschaft.

Das britische Landwirtschaftsministerium hat nun ein Gesetz für die Zeit nach dem Brexit vorgeschlagen, nach dem öffentliche Gelder nur für öffentliche Güter eingesetzt werden dürfen. „Das Gesetz gibt der Regierung zwar einen großen Spielraum bei der Umsetzung,

aber die Absicht ist: Bauern sollen nur Zahlungen erhalten, wenn sie umweltfreundliche Landwirtschaft betreiben“, freut sich Spiers.

Auch Colin Reid, Professor für Umweltrecht an der Universität Dundee in Schottland, kritisiert die Agrarsubventionen. „Die negative Seite der EU ist, dass die Agrarpolitik in den 1970ern und 80ern überhaupt nicht die Folgen für die Umwelt im Blick hatte“, so Reid gegenüber *movum*.

Was das Verbesserungspotenzial durch den Brexit angeht, ist er allerdings ein bisschen skeptischer als Naturschützer Spiers. „Der ländliche Raum war eine Priorität in der EU – unabhängig von der Agrarpolitik“, sagt Reid. „Die Gesetze könnten besser werden, aber es wird weniger Geld für ländliche Regionen geben.“

Der Experte betont, dass die EU Großbritannien geholfen hat, wirkungsvollen Umweltschutz zu praktizieren. „In den mehr als 40 Jahren, die Großbritannien in der EU ist, hätten wir sicher auch allein Fortschritte gemacht. Aber mit der EU ging es schneller“, sagt Reid. Außerdem habe die EU dafür gesorgt, dass die Gesetze richtig durchgesetzt wurden. „Der Europäische Gerichtshof ist dabei sehr wichtig“, so Reid.

Stellt die EU-Kommission fest, dass eine Richtlinie nicht richtig umgesetzt wird, schickt sie ein Mahnschreiben an den jeweiligen Mitgliedsstaat. Reagiert das Land in einem mehrstufigen Verfahren nicht ausreichend auf die förmlichen Schreiben, kommt der Fall vor Gericht.

Und in Großbritannien kam das gerade im Umweltbereich oft vor: Wie der britische Thinktank Institute for Government herausfand, hatte von 2003 bis 2016 jedes siebte EU-Mahnschreiben nach London etwas mit der Umwelt zu tun – und sogar fast jeder zweite Fall, der am Ende vor Gericht kam.

Spiers und Reid sind sich einig, dass es ein großer Fortschritt ist, dass in ihrem Land jetzt überhaupt über die Umwelt diskutiert wird. „Kurz nach dem Referendum, als sich ‚Greener UK‘ gegründet hat, hat keiner erwartet, dass die Umwelt beim Brexit eine große Rolle spielen würde“, sagt Spiers.

DIE UNSICHERHEIT BLEIBT

„Zur Zeit des Referendums gingen alle davon aus, dass es durch den Brexit eine starke Deregulierung auch im Umweltbereich geben würde“, erläutert Umweltrechtler Reid. „Dass wir heute darüber diskutieren, welche Institutionen den Europäischen Gerichtshof und die EU-Kommission ersetzen können, ist eine große Veränderung.“ So enthält ein Entwurf für ein neues britisches Umweltgesetz einen Vorschlag für eine Überwachungsstelle, die die Funktion des Gerichtshofs übernehmen soll.

Spiers bleibt dennoch skeptisch. „Unser Umweltminister Michael Gove hat gesagt, dass es durch den Brexit höhere Umweltstandards geben soll als in der EU. Wir wissen aber nicht, ob wir das glauben können“, sagt er. „Vielleicht ist im nächsten Jahr schon jemand anderes Umweltminister.“

Trotz aller Beschwerden in den EU-Staaten über die Trägheit der Bürokratie kann der Staatenbund hier mehr Sicherheit bieten. Denn dass es den Europäischen Gerichtshof im kommenden Jahr noch geben wird, erscheint relativ wahrscheinlich.

NACHRICHTEN

Klimaklage gegen die EU

Die Europäische Union muss ihre Klimaziele vielleicht bald wegen eines EU-Urteils nachschärfen. Zumindest dann, wenn eine Klage von zehn Familien aus fünf EU-Ländern sowie Kenia und Fidschi Erfolg hat. Der Vorwurf der Kläger: Das Treibhausgas-Reduktionsziel der EU für 2030 sei zu schwach und verletze ihre Grundrechte. Die EU-Organe wollen aber die Klimaklage für unzulässig erklären lassen, wie Kläger-Anwältin Roda Verheyen im Interview mit dem Magazin *Klimareporter* erläuterte. Dabei sei das EU-Ziel nicht einmal mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar, so Verheyen. „Das sagt inzwischen sogar das Europäische Parlament selbst.“

Schülerproteste weiten sich aus

Die Bewegung „Fridays for Future“ wächst rasant. An einem Freitagvormittag im Dezember hatten zunächst einige Hundert Schüler, inspiriert durch die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg, an einem internationalen „Klimastreik“ teilgenommen. Mitte Januar gingen allein in Deutschland schon über 25.000 in mehr als 50 Städten für Klima- und Umweltschutz auf die Straße statt in die Schule. „Wofür sollen wir lernen, wenn es für uns keine Zukunft gibt?“, erklärten sie. In vielen Städten Europas und darüber hinaus finden jetzt freitags Aktionen statt. „Wir sind die letzte Generation, die eine Klimakatrophe noch verhindern kann“, heißt es im Aufruf der schwedischen Schülerin.



Foto: Pixabay-3554374_1920

EU-Agrarreform auf der Kippe

Die europäische Agrarpolitik muss dringend umwelt- und klimafreundlicher werden, aber die derzeit laufende EU-Reform droht dabei zu scheitern. Davor warnen Umweltorganisationen im jetzt erschienenen „Agrar-Atlas 2019“. Die Agrarsubventionen sind einer der größten Posten im EU-Haushalt, doch sie werden immer noch nach dem Prinzip „Masse statt Klasse“ vergeben, wie die Umweltschützer vorrechnen. Für weniger als ein Viertel der Mittel gelten soziale und ökologische Kriterien. Dabei wäre die Agrarwende einfacher als die Verkehrswende, sagte Atlas-Autorin Christine Chemnitz. „Es gibt Geld, Strukturen und politische Instrumente. Es fehlt nur der politische Wille.“

Gegen Fakten, gegen Demokratie

Rechte Klimawandelleugner gewinnen europaweit an Einfluss und gefährden das Paris-Abkommen. Das zeigt eine neue Studie der Berliner Denkfabrik Adelphi. Schon heute stimmen rechtspopulistische Parteien im EU-Parlament, wie die österreichische FPÖ, die britische Ukip oder die deutsche AfD, gegen sämtliche Klimagesetze. Ihre klimapolitischen Programme lassen sich diese Parteien nicht selten von Klimaleugnern schreiben. „Rechtspopulistische Parteien versuchen, über Klimapolitik ihre eigentliche Agenda durchzusetzen: Und das ist ein Angriff auf demokratische Institutionen“, sagte Studien-Autor Alexander Carius dem *Deutschlandfunk*.



Foto: Symbolbild | Pixabay-2071539_1920

IMPRESSUM

Herausgeber:

Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident, Deutscher Naturschutzring e.V.
Damian Ludewig, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.
Michael Müller, Vorsitzender, NaturFreunde Deutschlands e.V.
Christel Schroeder, Lutz Ribbe, EuroNatur Stiftung
Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umweltstiftung
Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender, BUND e.V.
Dr. Martin Held, Gesprächskreis Die Transformateure
– Akteure der Großen Transformation

Redaktion:

Chefredaktion: Dr. Susanne Götze, Joachim Wille (V.i.S.d.P.)
Redakteure: Verena Kern, Susanne Schwarz, Jörg Staude

Träger:

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Gefördert von:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Layout:

Katja Hommel

Infografik:

Kai Niebert und Anna Geuchen, DNR
Infografiker.com

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg VR34116B

Träger und Herausgeber haften nicht für unverlangt eingesandtes Material.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste sowie Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des DNR.

movum liegt exklusiv, regelmäßig und kostenlos der Zeitschrift FUTURZWEI bei.

Auflage: Mantel: 13.500 Exemplare, Plakatbeilage: 14.000
Die movum-Ausgaben können Sie kostenlos bestellen: info@dnr.de
Deutscher Naturschutzring, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

@movumdebatte



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.

VERANSTALTUNGEN

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter: www.movum.info

18. bis 20. März 2019
Tagung „Blockchained – Digitalisierung und Wirtschafts-Politik“
Evangelische Akademie Tutzing
www.ev-akademie-tutzing.de

22. bis 24. März 2019
Zweite "Wandelkonferenz" in Beichlingen bei Erfurt
www.wandelbuendnis.org

1. bis 4. April 2019
Nachhaltigkeitswoche „Sozial-ökologische Transformation – Energiesysteme und darüber hinaus“, TU Berlin
www.wip.tu-berlin.de

30. Mai bis 2. Juni 2019
Kongress „Grenzen der Umweltpsychologie“
Burg Rieneck (Unterfranken)
www.ipu-ev.de